AZ: -20.4-al-te Frau Alffen

Drucksache Nr.: 0571/2013/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	01.12.2015	Ö	Kenntnisnahme
Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	09.12.2015	Ö	Vorberatung
Ratsversammlung	15.12.2015	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister Dr. Tauras /
Stadtrat Dörflinger

Verhandlungsgegenstand:

**Konsolidierungshilfen nach dem Kommunalhaushaltssolidierungsgesetz:
Öffentlich-rechtlicher Ergänzungsvertrag für den Zeitraum 2016-2018**

A n t r a g :

Der anliegende öffentlich-rechtliche Ergänzungsvertrag zwischen der Stadt Neumünster und dem Land Schleswig-Holstein zum Erhalt von Konsolidierungshilfen für den Zeitraum 2016 bis 2018 wird genehmigt.

Finanzielle Auswirkungen:

Eine genaue Bezifferung ist aufgrund der Abhängigkeit der Zuweisungshöhe von der Haushaltsentwicklung aller Empfängerkommunen nicht möglich.

Nach heutigem Stand kann von Konsolidierungshilfen inkl. Fehlbetragszuweisungen von rund 3,8 Mio. EUR jährlich ausgegangen werden.

Begründung:

Zur Ausgangslage:

Seit Einleitung eines umfänglichen Konsolidierungsprozesses im Jahr 2009 wird Haushaltskonsolidierung bei der Stadt Neumünster als permanenter Prozess verstanden. Im Rahmen dieses Prozesses wurde im November 2010 ein Konsolidierungspaket mit einer jährlichen Entlastung von rund 10 Mio. € beschlossen (Vorlage 0688/2008/DS).

Konkretisiert wurde das Konsolidierungsziel im Jahr 2013 durch Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Konsolidierungsvertrags mit dem Land Schleswig-Holstein, worin sich die Stadt verpflichtet, einen strukturellen Eigenanteil zur Konsolidierung innerhalb zweier Vertragszeiträume von 2012 bis 2015 und von 2016 bis 2018 zu erbringen (Vorlage 1137/2008/DS).

Der für den 1. Vertragszeitraum bis 2015 zu erbringende Eigenanteil von 2,96 Mio. EUR ist mit erreichten 4,63 Mio. EUR übererfüllt. Für den 2. Vertragszeitraum bis 2018 verbleibt ein noch einzubringender Anteil von 0,31 Mio. EUR, um den vereinbarten Eigenanteil von 4,94 Mio. EUR zu erreichen.

Zum Antrag:

Aufbauend auf dem von der Ratsversammlung am 19.03.2013 beschlossenen öffentlich-rechtlichen Konsolidierungsvertrag für den 1. Vertragszeitraum 2012 bis 2015, ist gemäß Ziffer 5.6 Konsolidierungsrichtlinie mit dem Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten ein fortgeschriebener Ergänzungsvertrag für den 2. Vertragszeitraum 2016 bis 2018 abzuschließen.

Hierfür hat die Stadt Neumünster dem Innenministerium das durch die Ratsversammlung am 19.05.2015 (siehe Vorlage 0437/2013/DS) beschlossene fortgeschriebene Konsolidierungskonzept 2016 bis 2018 vorgelegt, das neben einer Optimierung der Leistungen und Prozessabläufe bei den Leistungen der Hilfen zur Erziehung auch die Anhebung der Vergnügungssteuer von 12 % auf mind. 16 % vorbehaltlich eines noch ausstehenden Beschlusses der Ratsversammlung beinhaltet und als Anlage 3d des Vertrages dient. Das Konzept wurde im Rahmen eines Abstimmungsgesprächs der Arbeitsgruppe „Konsolidierungshilfe“ des Landes Schleswig-Holstein am 08.09.2015 anerkannt (siehe Anlage 2).

Der öffentlich-rechtliche Ergänzungsvertrag wurde am 14.10.2015 unterzeichnet (siehe Anlage 1).

Zur Wirksamkeit des Vertrages ist diesem gemäß Ziffer 5.6 Konsolidierungsrichtlinie (siehe Anlage 3) innerhalb von drei Monaten nach Vertragsunterzeichnung durch Beschluss der Ratsversammlung zuzustimmen. Dieses Verfahren entspricht dem Verfahren des ersten Vertragszeitraums.

Nachrichtlich - zur Vergnügungssteuer:

Im Rahmen des Vertrages verpflichtet sich die Stadt Neumünster unter anderem zur Anhebung der Vergnügungssteuer von 12 % auf mind. 16 %. Der dazu erforderliche Beschluss wurde in der Ratsversammlung vom 09.12.2014 zurückgestellt (siehe Vorlage 0359/2013/DS), um den Ausgang des damals anhängigen Normenkontrollverfahrens gegen die Stadt Flensburg abzuwarten.

Mit Urteil vom 19.03.2015 erklärte das Oberverwaltungsgericht Schleswig die Höhe der Spielautomatensteuer in Flensburg (20 %) und in Kiel (18 %) für rechtmäßig und eine Revision für unzulässig (Az. Flensburg: 2 KN 1/15 sowie Az. Kiel: 2 KN 2/15).

Laut Aussage des Städteverbands Schleswig-Holstein wird das Urteil in Sachen Flensburg für plausibel und rechtlich einwandfrei begründet erachtet.

Ungeachtet eines juristischen Risikos aufgrund einer zur Zeit noch in Bearbeitung befindlichen Beschwerde der Antragsgegner zur Anfechtung der Nichtzulassung der Revision sei anzumerken, dass eine Nichtanhebung der Vergnügungssteuer jährliche Einnahmeverluste für die Stadt Neumünster von rd. 100.000 EUR je Prozentpunkt (16 % rd. 400.000 EUR) zur Folge hätte.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die durch den Ergänzungsvertrag zu beschließende Anhebung der Vergnügungssteuer bis spätestens zum 01.01.2018 zu erfolgen hat, um entsprechend Ziffer 4.2 der Konsolidierungsrichtlinie bis einschließlich 2018 finanziell wirksam zu werden.

Im Auftrage

Dr. Tauras
Oberbürgermeister

Dörflinger
Stadtrat

Anlagen:

- Öffentlich-rechtlicher Ergänzungsvertrag über die Konsolidierungshilfen (Anlage 1)
- Anlage 3d des öffentlich-rechtlichen Ergänzungsvertrags (Anlage 2)
- Richtlinie über die Gewährung von Konsolidierungshilfen (Anlage 3)